

Calmer Echo

Nr. 47.

Amts- und Anzeigenblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die halbpaltige Seite 30 Wfr. Restanten 1.— Wfr. — Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 6.

Donnerstag, den 26. Februar 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mt. 4.50 vierteljährlich, Postbezugspreis Mt. 5.10 mit Postgeld und Zuschlag.

Aus Deutschösterreich.

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben: Es ist nicht leicht, zu unseren Stammesbrüdern eine Reise zu machen. Aber wenn's einem gelingt, dann möchte man recht vielen Reichsdeutschen davon erzählen. Hauptsächlich denen in unserm wohlumhegten Würtemberg. Wißt ihr, was Fremdherrschaft heißt? Wißt ihr, was Hungern heißt? Wißt ihr, was Hilflosigkeit einer Regierung und Wehrlosigkeit eines Volkes heißt? Wenn nicht, dann laßt euch von Deutschösterreich erzählen! Nicht einmal seinen Namen darf es sich selber wählen. Das Wortlein „Deutsch“ klang in den Ohren unserer ritterlichen Feinde im Westen aufreizend, ermutigend; es mußte wegleben. Fast alle fruchtbaren Ebenen oder Hügelgebiete sind zu den verschiedenen Nachbarstaaten geschlagen. Die schönen, aber unfruchtbaren Berge sind den Deutschen, den sogenannten Östreichern, geblieben. Das Geld ist fürchtbar entwertet. Bald wird es im Ausland überhaupt nicht mehr angenommen werden. Ausländer kommen und kaufen bei diesem Valutastand mit geringer Mühe auf, was ihnen beliebt. Muthlosigkeit und Hunger lähmen den Arbeitswillen. Die Arbeitslosenunterstützung verhilft große Summen. Die Kriegsverluste der alpen- und donau- und böhmisch-ländlichen Deutschen sind ungeheuer. Doch damit nicht genug! Im Januar und dann wieder im April v. J. sind die Süd- oder Jugoslawen, d. h. die vereinigten Serben, Kroaten und Slowenen in die gemäßigten Gebiete Steiermarks und Kärntens eingefallen. Wiederum floß deutsches Blut. Und wiederum haben Deutsche sich unterwerfen müssen, obwohl sie ohne das ihnen geraubte Land nicht genug zu essen haben. Der Habsburgerstaat war freilich schlecht und die Deutschen verwünschten jetzt den letzten Habsburger als einen Verräter. Aber gut an ihm war doch das, daß die Deutschen aus ihrem schönen, aber mageren Gebirgsland als Beamte, als Lehrer, als Offiziere, als Ingenieure im großen Donaustaat ihr Brot verdienen konnten. Jetzt ist ihnen überall die Tür verschlossen. Umgekehrt macht ihre altbekannte Gutmütigkeit die Tore ihres ausgehungerten Staates weit auf für die jüdischen Flüchtlinge aus Ungarn, aus Galizien, aus der Tschechoslowakei und aus Jugoslawien. Und wenn der gesunde Menschenverstand sich dagegen wehrt, so ist eine unehrliche Presse und der Wunsch ihrer Feinde stark genug, um ihn wieder stumm zu machen.

Deutschösterreich soll ein Slavenland werden. Es ist es jetzt schon. Wenn auch der große Haufe es noch nicht deutlich merkt. Man hat ja seine eigene Partei, sei es die Sozialdemokratie oder die Christlichen, an der Regierung. Man hat ja eine freie Verfassung. Man kann ja noch etwas zu rauchen, etwas zu trinken, etwas zu tanzen kriegen. Freilich das graue Elend hebt immer wieder sein Haupt. Der Hunger, die Not, die Unsicherheit spotten aller Regierungskünste. Die Sozialisierung hat, wo man es mit ihr versucht hat, nur einen Betrieb weiter in Schanden geführt, aber nichts geholfen. Also laß man weitere Versuche. Es wird jetzt eben nach dem guten alten habsburgischen Rezept „fortgewurkst!“ Vielleicht wird die Entente helfen? Ja, wenn sie von dem Geist derer besetzt wäre, die das segensreiche amerikanische Kinberhilfswerk unternommen haben! Aber bei ihr herrscht nicht die christliche Liebe, sondern der Gott Mammon. Und es gibt ja noch so manches zu profitieren in diesem Lande der herrlichen Seen und Ströme und Berge! Es gibt noch Wälder und Wasserkraft und Bergwerke zu verschachern. Also läßt man ruhig die Hungerpolitik noch länger ihre Wirkung tun. Was tut's, wenn der Deutsche etwas weniger wird! Es sind ihrer immer noch genug da zur Versklavung!

Es ist nur gut, daß sich mit der steigenden Not auch im gemäßigten Österreich der nationale und der religiöse Sinn vertieft. Auch die evangelische Bewegung geht weiter. Das alles sind Anzeichen einer beginnenden Wiedergeburt. Wir sind der Hoffnung, daß ihr eines Tages auch die äußere Wiederaufrichtung und die Vereinigung Deutschösterreichs und Deutschlands folgen wird.

Zur äußeren Lage.

Die Antwort auf die französische Kohlennote.

* Berlin, 24. Febr. Wie das Wolffsche Teleg.-Büro hört, hat die deutsche Regierung die Note der französischen Regierung in der Kohlenfrage dahin beantwortet, daß die sachlichen Voraussetzungen, von denen die Note ausgeht, nicht zutreffen. Die materiellen Fragen, die in der Note erörtert worden sind, werden der Wiedergutmachungskommission vorgelegt werden.

Ein französischer Volkswirtschaftler gegen den Versailler Vertrag.

(W.B.) Bern, 25. Febr. Der Pariser Korrespondent der „Neuen Zürcher Ztg.“ hatte eine Unterredung mit dem bedeutenden französischen Nationalökonom Professor Charles Gide. Professor Gide hält die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages in ihrer heutigen Form für unannehmbar und erklärte die Bestimmung des Vertrages, wonach der deutsche Steuerzahler mindestens soviel bezahlen müsse wie der alliierte, durchaus für billig, fügt sich dagegen mit den englischen Kritikern einig in der Ablehnung einer Politik des Vertrages, die gleichzeitig Deutschland wirtschaftlich ruinieren und ihm eine kolossale Kriegsschuld anerkennen lassen sollte. Die wirtschaftliche Konfiszierung Deutschlands sei der Boden sine qua non nicht nur für diejenige Frankreichs, sondern Europas überhaupt. Professor Gide hält es für einen Fehler, daß Deutschland seines bestehenden Kolonialbesitzes beraubt wurde. Namentlich Deutsch-Ostafrika hätte Deutschland unter demselben Titel belassen werden sollen wie Belgien dem besiegten Frankreich im Jahre 1871. Dem Völkerbund solle die Aufgabe zu, dem Versprechen Wilsons auf eine weitherzige und billige Regelung des Kolonialproblems Beachtung zu verschaffen, denn dies liege nicht nur im Interesse der Gläubiger Deutschlands, sondern gleichzeitig im Interesse der Zukunft Afrikas und damit des Weltfriedens. Wie Gide mitteilt, soll diesen Herbst in Genf ein internationaler Genossenschaftskongress zusammenzutreten, der erste wieder, in dem Franzosen sich mit Deutschen treffen werden.

Frankreich fürchtet immer noch das ohnmächtige Deutschland.

(W.B.) Paris, 26. Febr. In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer wurde über die Einberufung der Jahresklasse 1920 verhandelt. Nachdem der Berichterstatter den Antrag begründet hatte, erklärte der Abgeordnete Osola, Deutschland habe einen solchen Abbruch erlitten, daß es nicht an einen Krieg denken könne. Der Sozialist Boncour verlangte die vollständige Entwaffnung Deutschlands. Solange das französische Heer am Rhein stehe, sei keinerlei Gefahr vorhanden. Die deutsche Armee aber müsse baldigst auf die im Friedensvertrag vorgesehenen Stärke zurückgeführt werden. Frankreich habe verschiedene Gelegenheiten zur Entwaffnung Deutschlands verpaßt, namentlich die Stunde Kurt Eisners.

Der gute Wille Deutschlands.

(W.B.) Haag, 25. Febr. Wie der „Nieuwe Courant“ aus London berichtet, erklärte Churchill im Unterhaus zur Herabsetzung der deutschen Heeresstärke, bisher habe man nicht den Eindruck von mangelndem guten Willen der deutschen Regierung gehabt, die tatsächlich eine große Zahl von Bestimmungen des Friedensvertrags zur Ausführung gebracht habe.

Von der Pariser Völkervereinigung.

(W.B.) Paris, 25. Febr. Die Völkervereinigung trat heute Morgen unter dem Vorsitz von Jules Cambon im Außenministerium zusammen. Die Konferenz beschloß, gemäß dem Ersuchen der ungarischen Delegation einen ungarischen Delegierten zu ernennen, sich der interalliierten Kommission anzuschließen, die mit der Aufgabe betraut ist, in den durch den Friedensvertrag Österreich zugeteilten ungarischen Komitaten Erhebungen anzustellen. Weiterhin beschloß die Konferenz, den diplomatischen und konsularischen Schutz der ausländischen Staatsangehörigen in dem der Volksabstimmung unterstellten Gebiet von Remel Frankreich zu übertragen. Bezüglich einer internationalen Verbindung mit Polen wurde der Weg über Nürnberg und Prag in Aussicht genommen. Gemäß der Ansicht der Schiffahrtssachverständigen beschloß die Kommission, daß das von deutschen Schiffen herkommende und keiner Entente macht zugeteilte überschüssige Material zerstört werden soll.

Französisch-englische Meinungsverschiedenheiten.

(W.B.) Paris, 25. Februar. Der Auslandspolitiker des „Matin“, Sauerwein, erklärt in einem Londoner Telegramm, Frankreich verlange von England eine Militärallianz, unabhängig von der Ratifizierung des Friedensvertrags durch Amerika, ferner Besetzung der Rheinlande auf solange, als es notwendig erscheine und ihre Erweiterung auf das Ruhrkohlengebiet, außerdem dauernde finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung zum Wiederaufbau. Eine räumliche und zeitliche Ausdehnung der Okkupation in den Rheinlanden sei England sehr unangenehm. Dem englischen Oberkommando sei es auch unangenehm, daß Frankreich schwarze oder marokkanische Truppen dort verwende. Man erkläre, die Ausdehnung der Okkupation werde Frankreich und Deutschland

und infolgedessen auch ganz Europa in einem Zustand erhalten, weder Frieden noch Krieg sei.

Am den Kaiser.

(W.B.) Amsterdam, 25. Febr. Der Londoner Berichterstatter des „Nij. Handelsblad“ meldet, er erfahre aus guter Quelle, daß es die Entente nicht gern sehen würde, wenn die niederländische Regierung auf den Vorschlag, den Kaiser aus den Niederlanden zu entfernen, eingehe.

Fthr. v. Persters Nachfolger.

(W.B.) Berlin, 25. Febr. Geheimrat Göppert, der schon seit längerer Zeit zur Erledigung wirtschaftlicher Fragen in Paris weilte, ist als Nachfolger des Freiherrn v. Perster mit der Führung der deutschen Friedensdelegation betraut worden.

Amerika und der Friedensvertrag.

(W.B.) Haag, 25. Febr. Aus Washington meldet der „Nieuwe Courant“, daß der Senat beschlossen habe, den Friedensvertrag am Donnerstag wieder zu behandeln und alle anderen Fragen zurückzustellen, bis der Friedensvertrag endgültig erledigt ist.

Das Hilfesehen Sowjetrußlands.

(W.B.) Haag, 25. Febr. Der „Nieuwe Courant“ meldet drahtlos aus Moskau, die russische Sowjetregierung habe eine Friedensnote an die Vereinigten Staaten, Japan und Rumänien gerichtet. Amerika werde gefragt, wann und wo die Friedensverhandlungen beginnen könnten. Japan werde auf seine wirtschaftlichen Interessen im fernen Osten hingewiesen.

Die bolschewistischen Eroberungen.

Es bestärkt sich jetzt, daß Murmansk und die übrige Murmanküste (die Nordküste der Halbinsel Kola am Nord. Eismeer) in die Hände der Bolschewisten gefallen ist. Aus Christiania kommt die folgende Nachricht: Der russische Postdampfer „Lomonossow“ ist von Murmansk in Honningsvåg angekommen mit 400 ausländischen Offizieren und vielen Flüchtlingen an Bord. Das Schiff war bei der Abreise dem Gewehrfeuer der Bolschewisten ausgesetzt. Mehrere Personen wurden dabei verwundet, darunter der Kapitän.

Aus dem Freistaate Danzig.

* Berlin, 26. Febr. Aus Danzig wird dem „Berl. Totalanzeiger“ gemeldet, daß der englische Oberkommissar für Danzig eine scharfe Verordnung gegen den Streik in lebenswichtigen Betrieben erlassen habe. — Ferner wird gemeldet, daß Sir Tower beim Empfang der Behördenvertreter erklärte, daß Danziger Regierungsgeschäfte auf die Dauer nicht unter alleiniger Verantwortung führen könne. Er halte es für förderlich für die Danziger Interessen, wenn er zu seiner Mitberatung eine Körperschaft hätte, die aus eingewiesenen Bürgern bestünde. Dabei dachte er an die Bildung eines Stadtrats, der bei der Ausarbeitung der Danziger Verfassung zur Mitwirkung herangezogen werden müsse.

Verstärkung der französischen Garnison in Flensburg.

* Berlin, 26. Febr. Die Garnison von Flensburg erhielt gestern, wie dem „B. L. M.“ gemeldet wird, Verstärkungen. Aus der ersten Zone traf eine Kompanie französischer Alpenjäger in Stärke von 220 Mann ein.

Die polnischen Herre g üste.

* Berlin, 26. Febr. Die „Tägl. Absh.“ meldet aus Breslau, daß die Besatzungskommission in Uberschretung ihrer Befugnisse angeordnet habe, daß die Stadt Hindenburg wieder „Zabrze“ zu nennen ist.

Polnischer Vertragsbruch.

(W.B.) Berlin, 25. Febr. Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ aus Mersyk überschritt gestern polnisches Militär die Reichsgrenze und besetzte das Dorf Staffi, das durch den Friedensvertrag Deutschland zugesprochen ist. Die Gegenmaßnahmen wurden sofort eingeleitet.

Lebensmittelkrawalle in Ludwigshafen.

(W.B.) Ludwigshafen, 25. Febr. Nach Fabrikschluß hat hier eine große Demonstration der Arbeiter gegen die bestehende Lebensmittelknappheit stattgefunden. Der Mob benutzte die Gelegenheit und plünderte zahlreiche Lebensmittel-, Schuhwaren- und andere Geschäfte völlig aus. Französische Gendarmen griff ein und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Abends 7 Uhr war die Ruhe wieder hergestellt.

Amtliche Bekanntmachungen.

Versicherungsamt Calw.

Festsetzung des Werts der Sachbezüge für die Zwecke der Reichsversicherung.

Nach § 160 Abs. 2 der A.V. wird der Jahreswert der zum Entgelt im Sinne der A.V. gehörigen Sachbezüge für den ganzen Oberamtsbezirk Calw mit Wirkung v. 16. Februar 1920 ab folgendermaßen festgesetzt:

1. freie Kost für eine männliche Person	750.- M
2. freie Kost für eine weibliche Person	700.- "
3. Wohnung für Einzelpersonen	60.- "
4. Wohnung für Arbeiterfamilie	210.- "
5. freier Holzbezug für Einzelpersonen	50.- "
6. freier Holzbezug für Arbeiterfamilien	90.- "
7. für einen ledigen Betriebsbeamten:	
a) freie Kost	900.- "
b) Wohnung	210.- "
c) Holz und Licht	100.- "
8. freie Wohnung eines verheir. Betriebsbeamten	450.- "

Durch diese Festsetzung tritt die Bekanntmachung des Versicherungsamts Calw vom 6. April 1918 außer Kraft. Calw, den 23. Februar 1920. Oberamtmann: G. S.

Vergütungen für Kriegseinstellungen.

Gemäß § 21 Abs. 3 des Gesetzes über die Kriegseinstellungen vom 13. 6. 73 (RGBl. S. 129) werden die Gemeinden Gehängen und Stammheim aufgefordert, ihre Anerkennnisse für Kriegseinstellungen, und zwar:

Gehängen für Naturalquartier, Stallung, Verpflegung und Fourage im Monat November 1918, Stammheim für Verpflegung im Monat November 1918 der Oberamtspflege Calw behufs Empfangnahme von Kapital und Zinsen vorzulegen. Calw, den 21. Februar 1920. Oberamt: G. S.

Die Ortschulräte und Ortsvorsteher

werden an die sofortige Erledigung des oberamtlichen Erlasses vom 5. 2. 1920 (Calwer Tagblatt Nr. 39) betreffend Fortlaufende Statistik der Taubstummen erinnert.

Die Herren Ortsvorsteher wollen die ausgefüllten Fragebogen bis spätestens 1. März d. J. dem stellv. Oberamtsarzt Herrn Dr. Wegger in Calw überreichen. Calw, den 21. Februar 1920.

Für das
gem. Oberamt in Schulfachen:
Oberamtmann: G. S.

Bekanntmachung zur Aenderung der Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschlösungen vom 21. Juni 1917 (RGBl. S. 546) bzw. 7. Januar 1920 (RGBl. S. 27).

Vom 4. Februar 1920.

Auf Grund des § 1 der Bekanntmachung über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschlösungen vom 18. April 1916 (RGBl. S. 307) wird folgendes bestimmt: Artikel I. § 5 der Ausführungsbestimmungen zur Verord-

Ausland.

Die französische Verkehrsnot.

(WZ.) Paris, 25. Febr. In der gestrigen Kammer Sitzung sprach sich der Verkehrsminister Le Troquer über die Transportnot aus. Die augenblickliche Transportnot sei nicht eine Materialnot, denn Frankreich besitze 17 336 Lokomotiven, von denen 12 934 betriebsfähig seien. Das sei ein wenig mehr als vor dem Kriege. Es besitze 463 000 Waggons, von denen 375 000 in gutem Zustand seien. Vor dem Kriege habe man nur 361 000 Waggons gehabt. Trotzdem sei die Zahl der Züge, die stehen blieben, auf allen Eisenbahnlinien um das Dreifache gestiegen. Das liege daran, daß es schwierig sei, für die Lokomotiven die notwendigen Kohlen zu beschaffen. Normal werde der Zustand erst wieder werden, wenn man einen Vorrat von 800 000 Tonnen Kohlen habe. Es sei ihm bis jetzt nur gelungen, den Vorrat von 185 000 auf 240 000 Tonnen zu bringen.

Eisenbahnerausstände in Frankreich.

(WZ.) Paris, 25. Febr. Die disziplinarische Maßregelung eines Arbeiters hatte zur Folge, daß die Arbeiter der Werkstätten von Billeneuf, der Paris-Lyon-Mediterranee in den Ausstand getreten sind. Eine Anzahl Arbeiter der Werkstätten von Dijon-Paris und anderer Städte schlossen sich den Streikenden an. In Lyon haben die Arbeiter der gleichen Gesellschaft beschlossen, in den Streik zu treten. In Paris erklärten sich die Werkstättenarbeiter für den allgemeinen Streik auf Mittwoch. Die Delegierten der Pariser Eisenbahnen hielten gestern eine Versammlung ab. Sie beschlossen im Prinzip die Einstellung der Arbeit auf allen Netzen am Mittwoch früh für das Güterpersonal und am Mittwoch mittag für das Fahrpersonal. In der Kammer erklärte der Arbeitsminister, er werde seinen Akt der Aufsichtnahme dulden. Ein späteres Telegramm meldet, daß das Bundeskomitee der Eisenbahner von Paris die sofortige Arbeitseinstellung auf den Stationen und in den Werkstätten in ganz Paris befohlen habe.

Streikbewegungen in Belgien.

(WZ.) Brüssel, 26. Februar. Infolge der Teuerung, namentlich des Brotes, macht sich seit einiger Zeit in der Provinz unter den verschiedenen Arbeiterkategorien eine Streikbewegung bemerkbar. Der Ausstand der Bergarbeiter dehnt sich aus. Man befürchtet, daß es bald zum Generalstreik kommen wird, wenn nicht eine Lösung hinsichtlich des Brotpreises erfolgt. Gestern durchzogen einige Züge von Streikenden mehrere Gemeinden und suchten vor den Erben die noch zur Arbeit Erscheinenden von der Arbeit abzuhalten. Die Züge wurden von der Polizei zerstreut. Auch in der metallurgischen Industrie wurde eine Bewegung zugunsten neuer Lohnforderungen unter den Arbeitern festgestellt.

Ein Wahlsieg Asquiths.

(WZ.) London, 25. Febr. Bei der Wahl in Paisley erhielt Asquith (Liberal) 14 694, Wigger (Arbeiterpartei) 11 840 und Maclean (Koalitionsunion) 3773 Stimmen.

Englische Truppen in Konstantinopel.

(WZ.) Paris, 25. Febr. Nach einer Privatmeldung des „Petit Parisien“ aus London ist in Konstantinopel

ang über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschlösungen vom 21. Juni 1917 (RGBl. S. 546) bzw. 7. Januar 1920 (RGBl. S. 27) erhält folgende Fassung: Bei Abgabe an den Selbstverbraucher dürfen die Preise

- bei K. A. Seife einschließlich Packung für ein Stück von 50 g 0,20 M für ein Stück von 100 g 0,40 "
- bei K. A. Seifenpulver einschließlich Packung für je 250 g 1,50 M
- bei Kernseife und sonstiger Seife in schnittfester Form, mit Ausnahme von Feinseife, mit einem Gehalt an Fettsäure von
 - 58 und mehr vom Hundert 23,35 M für 1 kg
 - 50 bis 57 " " 19,50 " " 1 kg
 - 40 bis 49 " " 16,50 " " 1 kg
 - 30 bis 39 " " 10,90 " " 1 kg
 - 20 bis 29 " " 7,50 " " 1 kg
 - unter 20 " " 3.- " " 1 kg
- bei Feinseife einschließlich Packung 37,50 M für 1 kg;
- bei Schmierseife, mit Ausnahme der nach § 2 Abs. 3 in Apotheken abzugebenden Kalkseife, mit einem Gehalt an Fettsäure von
 - 35 u. mehr vom Hundert 12.- M für 1 kg
 - 30 bis 37 " " 9,50 " " 1 kg
 - 20 bis 29 " " 6.- " " 1 kg
 - 10 bis 19 " " 3.- " " 1 kg
 - unter 10 " " 1,35 " " 1 kg

nicht übersteigen. Die vorstehend festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betr. Höchstpreise, vom 4. August 1914 (RGBl. S. 339).

Der Ueberwachungsausschuß der Seifenindustrie ist berechtigt, für die nach seiner Befugung hergestellten Seifen und Seifenpulver besondere Preise festzusetzen, die die im Abs. 1 genannten Höchstgrenzen nicht überschreiten dürfen.

Die Hersteller dieser Seifen und Seifenpulver haben den festgesetzten Kleinverkaufspreis auf der Seife selbst — bei Seifenpulver auf der Packung — in deutlicher Schrift anzugeben.

Mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 M. wird bestraft:

- wer die nach Weisung des Ueberwachungsausschusses der Seifenindustrie hergestellten Seifen und Seifenpulver zu einem höheren als dem ausgezeichneten Preise verkauft, feilhält oder anbietet;
- wer in gewinnstüchtiger Absicht die auf diesen Seifen und Seifenpulvern ausgezeichnete Preisangabe erhöht oder unkenntlich macht;
- wer wesentlich Seife oder Seifenpulver, bei denen die ausgezeichneten Preisangaben erhöht oder unkenntlich gemacht sind, verkauft, feilhält, anbietet oder sonst in den Verkehr bringt.

Artikel II. Die Bestimmung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichswirtschaftsminister: Berlin, den 4. Februar 1920. J. W. Dr. Hirsch.

Oberamt Calw.

An die Gemeindegewerkschaften.

Unter Bezugnahme auf den letzten Absatz des Ministerialerlasses vom 8. Juli 1905 Nr. 7273 (Amtsblatt S. 321 ff.)

werden nachstehend die Zahlen der in den Gemeinden des Bezirks vorhandenen Personen, welche im Genuß von Unfall-, Alters-, Invaliden-, Witwen-, Waisen-, Kranken- oder Zuspätschiebungen stehen, bekannt gegeben.

Gemeinde	Unfall-	Alters-	Invaliden-	Witwen-	Waisen-	Kranken-	Zuspätschiebungen	Personen
Calw	37	20	134	3	37	14	7	
Aigenbach	5	9	—	—	—	—	—	
Altdorf	2	1	—	—	—	—	—	
Altulach	2	8	—	—	2	3	1	
Altbühl	17	2	21	—	17	1	1	
Althengstett	5	—	13	2	5	3	4	
Alsenberg	8	2	12	—	8	1	—	
Bergort	7	2	8	—	2	—	—	
Breitenberg	9	1	5	—	6	1	—	
Dachtel	1	—	3	—	1	1	—	
Deckensponn	18	—	11	—	3	—	—	
Emberg	6	—	3	—	—	—	—	
Ernstmühl	1	—	6	2	—	—	—	
Gehängen	3	2	8	1	3	3	—	
Hirau	9	1	17	1	10	2	—	
Holzbrunn	1	2	9	—	1	—	—	
Hornberg	7	—	1	—	1	—	—	
Liebsberg	3	—	8	—	3	3	—	
Liebeggell	9	4	11	—	9	2	—	
Martinsmoos	—	—	3	—	—	—	—	
Monakam	6	1	6	1	1	1	—	
Mödingen	1	1	8	—	1	1	1	
Neubulach	8	—	16	—	8	1	1	
Neuhengstett	7	—	9	1	7	1	2	
Neuweiler mit Hofstett	12	1	24	—	3	3	—	
Oberhaugstett	5	1	6	—	5	—	—	
Oberkollbach	3	1	5	—	3	—	2	
Oberkollwangen	5	—	4	—	—	—	—	
Oberreichenbach	4	—	7	—	4	1	—	
Ostelsheim	1	—	6	—	1	1	3	
Ottensbronn	6	—	9	—	6	2	1	
Rötenbach	13	—	4	—	—	—	—	
Schmiech	3	—	1	—	1	—	—	
Simmshausen	17	—	10	1	5	2	—	
Sonnenhardt mit Reithelm und Längenhardt	6	—	16	2	2	1	—	
Stammheim	13	2	34	—	13	3	—	
Teinach	3	—	11	—	5	—	—	
Unterhaugstett	7	1	2	—	1	1	—	
Unterreichenbach mit Densjacht	15	4	18	2	15	1	2	
Wülbach	2	2	6	2	2	—	1	
Zanelfstein	7	—	8	—	—	—	—	
Zweerenberg	1	—	1	—	1	—	—	
295 50 502 19 103 56 27								

Zur Beurkundung! Calw, den 21. Februar 1920. Oberamt: G. S.

Deutsche Waren zuerst an deutsche Firmen!

D. A. I. In einer Zuschrift, die das Deutsche Auslandsinstitut aus Kolumbien erhält, wird darüber geklagt, daß dort wieder in erster Linie kolumbianische Kaufleute, die während des Krieges fast ausnahmslos gegen uns gewesen seien, mit deutschen Warenangeboten bedacht würden, während deutsche Häuser leer ausgingen und dadurch nicht nur materiell, sondern auch in ihrem Ruf geschädigt würden. Schon vor dem Kriege sei es einem Neger, Indianer oder Mulatten mit exotischem Namen leichter gewesen, Kredite zu bekommen, als einem deutschen Kaufmann. „Das muß anders werden! Die deutschen Kaufleute müssen in der Heimat als Vorposten unserer Industrie angesehen werden, denn wir halten treu zur Scholle und sorgen mit aller uns zur Verfügung stehenden Kraft für die Wiedereroberung der verlorenen Märkte. Wir müssen aber bitten, von Deutschland aus mehr gewürdigt und mit mehr Vertrauen bedacht zu werden.“

Die neuen Postwertzeichen.

Die Druckerei der Postwertzeichen beginnt mit der Ausgabe der neuen Postwertzeichen, Freimarken zu 1,25 M, 1,50 M und 2,50 M; gestempelten Postkarten zu 15 S für den Inlandsverkehr und solchen für den Weltpostverkehr, gestempelten Postkarten mit Antwortkarte zu 15 + 15 S, für den Inlandsverkehr sowie solchen für den Weltpostverkehr — gestempelte Kartenbriefe zu 20 S, sowie gestempelte Postanweisungen zu 20 und 40 S. Die Freimarken und Postkarten zu 15 S sind in einfarbigen, rotbraunviolett, die Kartenbriefe und Postanweisungen zu 20 S in dunkelblauem, die Postanweisungen zu 40 S in grünem Farbton gedruckt. Die Farbe der Marken zu 1,25 M ist grün, zu 1,50 M hellbraun und zu 2,50 M rotviolett. Bei der Marke zu 2,50 M ist statt des Reichsadlers mit Preußenschild in den beiden unteren Ecken der neue Adler ohne Brustschild getreten, und der Genius hinter den beiden Kriegergestalten hält in der erhobenen Rechten nicht mehr die Kaiserkrone, sondern eine Leuchte.

Die Zahl der Leichenverbrennungen.

In Deutschland belief sich die Zahl der Leichenverbrennungen im Jahre 1919 auf 15 905 gegen 15 873 i. J. 1918. Von den Eingetragenen waren 8584 männlichen, 7321 weiblichen Geschlechts; dem Bekenntnis nach waren 13 697 evangelisch, 784 katholisch, 65 altkatholisch, 475 mosaisch, 884 waren freireligiös oder Dissidenten oder das Bekenntnis war nicht angegeben. In 13 751 (= 86,45 Prozent) sämtlicher Fälle hat religiöse Trauerfeier im Krematorium stattgefunden. Die Gesamtzahl der bis Ende 1919 in den deutschen Krematorien bewirkten Einäscherungen beläuft sich auf 135 558.

Auch ein Gläubiger.

In einer Versammlung der Zentrumsgruppe in Fulda erklärte ein Unabhängiger, die Pfarrer sollten dafür sorgen, daß die Stiefel wieder billiger werden, sonst glaube er überhaupt nicht mehr.

ein Detachement englischer Marineinfanterie gelandet worden.

Die Lebensmittelpreise in Petersburg.

Einem Deutschen, der Anfang November aus Petersburg geflüchtet ist, verdankt die ABC-Korrespondenz folgende interessante Angaben: Ich habe versucht festzustellen, was ich Ende des Jahres 1919 für 10 000 Rubel in Sowjetrußland habe kaufen können und wie viel das Betreffende früher gekostet hätte. Das Ergebnis war überraschend: 10 000 Rubel jetzt sind dasselbe wie 2½ Rubel zurzeit des Ausbruches des Krieges. Das frappiert. Zum Beweis ein Beispiel: 5 Pfd. Butter (1 Pfd. = 400 Gramm) im Freihandel kosteten im November 1919 10 000 Rubel, d. h. 2000 Rubel das Pfund. Zu Kriegsbeginn war bessere Butter als die jetzige zu 50 Kopeten das Pfund zu haben. (Ende Dezember kostete übrigens ein Pfund Butter in Petersburg im Freihandel bereits 2500 Rubel). Der normierte Preis für Butter (laut Marken) betrug im November 700 Rubel fürs Pfund. Ein russisches Pfund Kartoffeln kostete 100 Rubel, 1 Pfd. Salz 150 Rubel, 1 Pfd. Brot 250 Rubel. Eine ähnliche enorme Preissteigerung ist auch auf allen anderen Gebieten zu verzeichnen. Eine Zigarette kostete im November 2½ Rubel, ein Stein für den Anzünder 15 Rubel, ein Bleistift 10 Rubel, ein Briefumschlag und ein Briefbogen 6 Rubel, ein ordinäres Taschenmesser 60 bis 70 Rubel (früher etwa 50 Kopeten), ein paar Socken 30 Rubel, ein paar Schnürschuhe 3000 Rubel, hohe Stiefel 6000 Rubel.

Ausweisungen aus Kanada.

D. A. I. Die Montrealer Militärbehörden haben am 20. Januar bekanntgegeben, daß seit der Waffenstillstandsverkündung über 1000 feindliche Ausländer von Kanada in ihre Geburtsländer deportiert wurden. Es waren hauptsächlich Österreicher und Deutsche, aber auch einige russische „Noten“.

Bemerktes.

Das schlechteste Buch des Jahres.

Der „Mercur de France“ schreibt: Im Dezember 1919 ist ein Preis für das schlechteste Buch des Jahres ausgesetzt worden. Eine Gruppe von Schriftstellern, darunter Verand, Carco, Dorgeles, Pelletin, Warnod, Zavis usw. bildete das Schiedsgericht. Der Preis wurde einstimmig dem Friedensvertrag zuerkannt.

Wenn zwei dasselbe tun . . .

Die Genfer „Revue“ vom 28. Januar teilt mit, daß in Hadersleben, einer Stadt in der Schleswigschen Abstammungszone, ein französischer Unteroffizier Wirtshausgäste wegen des Sanges „Deutschland über alles“ mit dem Revolver bedroht habe. Die Genfer Zeitung wundert sich darüber, daß es in einem der Volksabstimmung unterliegenden Gebiete verboten sein soll, seinen nationalen Gefühlen Ausdruck zu geben, da doch die Franzosen in Elsaß-Lothringen die Abstimmung der Marcellaise als hinreichenden Ersatz für die Volksabstimmung angesehen hätten.

Deutschland.

Die entwendeten Steuererklärungen.

(WZ.) Berlin, 25. Febr. Am 11. d. M. wird mitgeteilt: „Der Kner Hof-Anz.“ und „Deutsche Ztg.“ behaupten in eigenartiger Uebereinstimmung, daß die Broschüre, in der die unter schwerstem Vertrauensbruch aus Dienstkarten entwendete Steuererklärung des Reichsfinanzministers Erzberger photographisch wiedergegeben war, auf direkte Anordnung des Staatskommissars für die öffentliche Sicherheit beschlagnahmt worden sei. Es wird hiermit festgestellt, daß der Staatskommissar lediglich eine ihm vom Reichsfinanzministerium zugegangene Mitteilung über die bevorstehende Verteilung dieser Broschüre pflichtgemäß an die in dieser Angelegenheit allein zuständige Staatsanwaltschaft weitergeleitet hat. Auf diesen Akt hat sich die Mitwirkung des Staatskommissariats beschränkt. Alle weiteren Schritte sind lediglich von der Staatsanwaltschaft ausgegangen.

Erzberger-Helferlich.

In den Verhandlungen des Erzberger-Helferlich-Prozesses behauptete Dr. Helferlich vorgestern, Erzberger habe mehrfach bei Kapitalverflechtungen ins Ausland mitgewirkt und wohl auch Vorteile davon gehabt. Erzberger erklärte diesen Vorwurf für unangebracht und beantragte, den Geh. Rat Pfeiffer vom Reichsfinanzministerium den von der Amtsverschwiegenheit entbundenen habe, zu vernehmen. Es folgte dann eine Reihe von Zeugenvernehmungen, die auch in der gestrigen Verhandlung fortgesetzt wurden.

Vom Reichsschulsausschuß.

Der Reichsschulsausschuß trat am Dienstag in Berlin zu einer Konferenz unter dem Vorsitz des Reichsministers Koch zusammen. Privatdozent Dr. Schwarz vom Reichsministerium des Innern berichtete über die Vorbereitungen zur Reichsschulkonferenz, die bekanntlich in der Zeit vom 7. bis 17. April im Reichstagsgebäude stattfinden soll. Die Zahl der Vertreter ist auf ungefähr 600 festgesetzt worden. Die Verhandlungen und die Abstimmungen können keinen die Regierung bindenden Charakter tragen, werden aber für die kommende Schulgesetzgebung als wertvolles und richtunggebendes Material dienen. Betreffend Wegfall des 6-jährigen Zeugniswesens wurden Vorschläge angenommen, wonach die in der Behörde vorgesehene Prüfung nicht mehr abgehalten werden. — Zur Frage des Börsenrats der Lehrerinnen wurde folgende Entscheidung angenommen: „Der Reichsschulsausschuß hält es für dringend notwendig, daß die Frage der Vereinfachung von Beamten baldigst durch Reichsgesetz geregelt wird. Bis dahin wird den Unterrichtsverwaltungen der Länder empfohlen, für ihren Amtsbereich eine vorläufige Regelung für die Lehrerinnen unter Würdigung der Bestimmungen der Reichsverordnung zu treffen.“

Die Verhandlungen des Ausschusses wurden gestern zu Ende geführt. Geh. Reg.-Rat Göricz begründete einen vom Reichsministerium des Innern vorgelegten Gesetzentwurf über die Lehrerbildung.

Zur Vereinheitlichung des Verkehrswesens.

* Berlin, 25. Febr. Zu den Verhandlungen über die Reichseisenbahnen äußerte sich der Unterstaatssekretär im Reichsverkehrsministerium, Stieler, wie die „Voss. Ztg.“ schreibt, die bisher getroffenen Vereinbarungen könne man am besten mit dem Worte „Kordach“ bezeichnen, nach dessen Errichtung erst an die eigentliche Organisation der Reichseisenbahnen herangetreten werden könne, die unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und technischen Gesichtspunkte erfolge. Augenblicklich werde die praktische Ueberleitung der Geschäfte so vollzogen, daß der Reichsverkehrsminister sie möglichst bald in seine Hand bekomme, damit er dann auch ihre Verantwortung übernehme.

Der Durchgangsverkehr zwischen Bayern und der Schweiz.

(WZ.) Zürich, 25. Febr. Gestern fand unter dem Vorsitz des Regierungsrats Dr. Keller (Zürich) in Romanshorn eine Verkehrs-Konferenz statt, an welcher die österreichische und die bayerische Staatsbahnverwaltung, die schweizerischen Bundesbahnen und eine Anzahl von württembergischen, bayerischen, voralbergischen und schweizerischen Interessenverbänden des Verkehrslebens und der Handelskammern teilnahmen. Die Konferenz befaßte sich mit der Frage der Verbindungen München—Zürich. Als erster Schritt zur Ausgestaltung des Durchgangsverkehrs zwischen Bayern und der Schweiz konnte seitens des Vertreters der bayerischen Verwaltung die Wiederaufnahme der täglichen Führung der Schnellzugverbindung nach Zürich auf der bayerischen Strecke in Aussicht gestellt werden, sobald der Stand der Kohlenvorräte und der Betriebsmittel dies gestattet.

Die Entlassung der Baltikumtruppen

* Berlin, 25. Febr. Die „Voss. Ztg.“ veröffentlicht eine Erklärung des Reichswehrministers, wonach bis zum 15. März alle Entlassungen der Baltikumtruppen durchgeführt sein werden. Es bestehen nur noch Aufstellungslöcher. Die Gesamtzahl der noch nicht entlassenen Baltikumleute beträgt rund 8000 Mann.

Die Transportkrise im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

(WZ.) Essen a. d. Ruhr, 26. Febr. Die Eisenbahnverkehrsfrage hat sich in der letzten Woche nicht unwesentlich verschlechtert. Die Wagengestellung ist zwar von 17 300 in der vorausgegangenen Woche auf 17 800 werktäglich in die Höhe gegangen, die Fehlziffer erhöhte sich aber auf durchschnittlich 1800 Wagen. Am Samstag fehlten sogar 3400 Wagen. Der Hauptgrund hierfür ist nach wie vor Lokomotivmangel und der infolge des Eisenbahnverkehrs noch immer vorhandene Mangel an beladenen Wagen. Von den Halbenbeständen wurden rund 68 000 To. gegen 78 000 To. in der Vorwoche abgefahren, so daß am 21. Februar ein Bestand von 731 000 To. verblieben. Die Umschlagsleistung in

den Duisburg-Ruhrorter Häfen betrug werktäglich 21 000 To. gegenüber 24 300 To. in der vorhergegangenen Woche. Der Umschlag in den Kanalhafenhäfen hielt sich bei 25 700 To. auf der Höhe der Vorwoche. Die Rechnraumknappheit besteht unvermindert fort.

Die Krise im Zigarettengewerbe

* Berlin, 26. Febr. Die gesamten Berliner Zigarettenfabriken haben jetzt ihrem Personal zum 31. März die Kündigung ausgesprochen. In Berlin werden dadurch, laut „Berl. Lokalanz.“, 10 000 Arbeiter und Angestellte erwerbslos, bei den anderen deutschen Fabriken 50 000.

Baden nicht vor dem Bankrott.

Vor einigen Tagen brachten wir die Nachricht, daß der badische Finanzminister Dr. Wirth im Badischen Landtag gesagt habe, Baden stehe „nicht vor dem Bankrott“. Wie nun der badische Finanzminister mitteilt, ist dies nicht richtig, vielmehr habe er gesagt, Baden stehe „nicht vor dem Bankrott“.

Zum Schutz der Maulwürfe.

Veranlaßt durch die unsinnige Massenjagd nach dem Maulwurf, die gegenwärtig aus Gewinnucht betrieben wird, hat die bayerische Regierung dem Landtag ein Dringlichkeitsgesetz vorgelegt, wonach es grundsätzlich verboten sein soll, Maulwürfe zu fangen, zu töten oder ihnen nachzustellen. Der Wirtschaftsausschuß hat dem Gesetz bereits zugestimmt.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 26. Februar 1920.

Dienstnachricht.

Durch Entschlepfung des Staatspräsidenten ist die erledigte Oberamtssekretärstelle bei dem Oberamt Calw dem Verwaltungspraktikanten Anton Bild bei diesem Oberamt übertragen worden.

Prälat Römer †

ep. Im Alter von 65 Jahren ist gestern früh in Stuttgart Stiftprediger Prälat D. Römer unerwartet rasch gestorben. Mit ihm verliert die würff. Kirche einen hervorragenden Führer. Von seinem Geburtsort Sindelfingen, Seminar und Stiftsführer für ihn das Pfarramt nach einander nach Schwend, Buttenhausen, Tübingen, 1895 als Dekan nach Nagold, 1909 ins Defanat Tübingen und 1911 als Stiftprediger nach Stuttgart. Ueberall hat er als Prediger und Seelsorger in die Breite und Tiefe gewirkt. Dazwischen hinein war er acht Jahre bei der Basler Mission als Sekretär tätig. Die kirchliche Entwicklung in unserem Land hat er, der anerkannte Führer der „rechts“ stehenden, insbesondere der Gemeinheits-Kreise, als Herausgeber des ev. Kirchenblatts, hauptsächlich Begründer der „evangelisch-kirchlichen Vereinigung“, als Mitglied sämtlicher Landeskonventionen seit 1894 sowie der Landeskirchenversammlung, zu deren Vizepräsident er gewählt wurde, aufs stärkste beeinflusst.

Aus dem Finanzausschuß.

Der Finanzausschuß des Landtags beriet den 7. Nachtrag zum Finanzgesetz betr. die Steuerzuschläge für Beamte. Der Finanzminister Liebing begründete die Vorlage mit der großen Geldentwertung und erklärte, daß nur durch die intensivste Arbeit und Sparsamkeit eine Besserung eintreten könne. In der Debatte wurde von den einzelnen Parteireparaturen die Noiloge der Beamtenchaft anerkannt. Ein gemeinsamer Antrag aller Parteien fand Annahme, nach welchem unter die sogenannten „teuren Dinge“, wie sie schon in der Regierungsvorlage aufgezählt sind, auch Calw, Calmbach, Döbel, Oberndorf, Leonberg, Liebenthal aufgenommen werden. Ein Antrag aller Parteien ersucht weiter die Staatsregierung, die Zuschläge, wie sie nunmehr nach den Beschlüssen des Ausschusses gestattet sind, in möglicher Weise zur Ausführung zu bringen. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Der Regierungsentwurf selbst fand einstimmige Annahme.

Tagung der Landwirtschaftskammer.

Die gestrige zweite Sitzung der Landwirtschaftskammer wurde von Präsident v. Sting eröffnet mit einer Begrüßungsansprache für die neugewählten Vertreter der Forstwirtschaft. Zur Beratung stand zunächst der Entwurf der Satzungen für die neue Landwirtschaftskammer, der von der Regierung vorgelegt wurde. Regierungsrat Abg. Ströbel erstattete darüber eingehenden Bericht. Die Geschäftsordnung der neuen Kammer kann erst in späterer Tagung beraten werden. Die Sitzung enthält die wesentlichsten Bestimmungen, die aus dem Landwirtschaftskammergesetz herüber genommen sind. Sie befaßt sich mit der Einrichtung und Tätigkeit der Kammer und trifft nähere Bestimmungen. Einzelne formale Abänderungsanträge des Berichterstatters wurden ohne Aussprache und darauf die ganze Sitzung einstimmig angenommen. — Der zweite Punkt der Tagesordnung brachte die Wahlen, in vier Wahlgängen wurde der Vorsitzende, die übrigen Mitglieder des Vorstands und die Stellvertreter und der Geschäftsführer gewählt. Schultheiß Maunz, der Vorsitzende des Landwirtschaftl. Hauptverbandes begründete die Vorschläge des Landwirtschaftl. Hauptverbandes. Von Seiten der forstwirtschaftlichen Vertreter, Forstdirektor Schuh und Forstv. Gaisberg-Schillingen, wurde gewünscht, daß auch im Vorstand der Waldbesitz berücksichtigt werde. Demgegenüber begründeten Dekonomierat Vogt, Reg.-Rat Ströbel und Schultheiß Maunz die Vorschläge, die alle Teile des Landes

gleichmäßig berücksichtigen. Zum Vorstand der Landwirtschaftskammer wurde von 64 Stimmen mit 60 Stimmen Güterbesitzer Adorno (Kaltenberg) gewählt, der die Wahl annahm. Zum Stellvertreter des Vorsitzenden wurde Gutspächter Hermann-Schaubel h. Kleinbottwar mit 53 Stimmen gewählt. In den Vorstand wurden sodann von Seiten der Landwirtschaftlichen Arbeiter wurde in den Vorstand gewählt: Brodbeck-Hohenheim mit 36, und Desterlen-Unterjettingen mit 36 Stimmen. Zum Geschäftsführer der Landwirtschaftskammer wurde Regierungsrat Ströbel-Stuttgart gewählt. Die Kammer vertagte sich hierauf und wird erst im Mai, kurz vor der Heuernte, wieder zusammentreten.

Mieterschutzgesetz.

Ueber den Fortbestand der Mieterschutzgesetze werden kreisförmige Mitteilungen verbreitet, als ob diese Gesetze nicht mehr bestünden. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß die Bundesratsverordnungen zum Schutz der Mieter und das Verfahren von den Einigungsämtern vom 20. 9. 1918 fortwährend in Kraft sind. Insbesondere ist durch die Inkraftsetzung des Friedensvertrags in der fortwährenden Rechtswirklichkeit dieser Verordnungen keine Änderung eingetreten. Nach Art 3 Abs. 2 der Novelle vom 22. 6. 1919 ist als Zeitpunkt für das Aufheben der Verordnung zum Schutz der Mieter vielmehr erst der 31. Dezember 1920 bestimmt. Doch darf wohl mit einer weiteren Ersetzung dieses Zeitpunktes gerechnet werden, solange die Wohnungsnot nicht behoben ist. Das gemeinliche Mietamt übt nach wie vor seine Tätigkeit in vollem Umfange aus.

Warnung vor voreiliger Auswanderung.

Der Auswanderungsschwindel blüht mehr denn je, weil das Auswanderungsproblem für viele Deutsche jetzt eine Lebensfrage geworden ist. Man lasse sich aber nicht von Namen und Reklame täuschen. Immer zuerst den Rat des Reichsauswanderungsamtes, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 71, einholen.

Die Dienstbotennot.

ep. Die Dienstbotennot war auch in den Kriegsjahren nie so groß und allgemein wie gegenwärtig. Davon wissen die Arbeitstätigen und sonstigen zuständigen Stellen ein Lied zu singen, bei denen die Nachfrage das Angebot um ein Vielfaches übersteigt. Abgesehen von den Unzuträglichkeiten, die dieser Zustand für viele Familien, besonders alte und kranke Leute schafft, ist es für Volkswirtschaft und Volksgehundheit ein nicht leicht zu hebender Schade, wenn immer weniger spätere Frauen und Mütter die Gelegenheit zu gründlicher hauswirtschaftlicher Ausbildung, wie sie der „Dienst“ bietet, ergehen. Dazu kommt, daß in der Industrie immer weniger Platz für weibliche Arbeitskräfte vorhanden ist; ein Beweis dafür die vielen Entlassungen von Arbeiterinnen aus den Fabriken. Alle die Eltern, deren Töchter aus Frühjahrs aus der Schule kommen, sollten sich über diese Dinge im Klaren sein. Ein Hinweis auf die seit nunmehr 60 Jahren bestehende Dienstbotenschule Paulinenheim in Stuttgart (Furtbacherstr. 10) wird gewiß manchen unter ihnen willkommen sein.

m. Neubulach, 24. Febr. Der B. Bauernbund hielt am Sonntag hier und in Liebersberg Versammlungen ab und entsandte den Ortsvereinen seinen Vertreter, den Landtagsabg. Dr. Wolf, als Referenten. Derselbe sprach über die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft. In längerer Rede entwiderte er die für die Landwirtschaft durch die Zwangswirtschaft bestehenden Hemmungen in der freien Bewirtschaftung der Betriebe und wies darauf hin, wie nötig es ist, die Produktion der Erträge durch Zufuhr von Kunstdünger wie auch durch den Abbau der Zwangswirtschaft zu steigern; in welcher Richtung schon Maßnahmen dahingehend getroffen seien, daß leistungsfähige Verbände landwirtschaftlicher Vereinigungen mit Verbrauchertreibern Verträge über Lieferung von Brotgetreide zu betätigen suchen, wodurch ca. 2 Drittel der Erzeugnisse der Zwangswirtschaft entzogen werden; die Befürdungen der Industrie sowie der Arbeiter, daß die Preise sehr hoch gehen werden, seien durch diese Vertragsregelung beseitigt. Die Finanzlage des Reichs und der Einzelstaaten schilderte er in ihren betrübenden Tatsachen und gab in kurzen Umrissen Aufschlüsse über die großen Steuerpläne, die den ungeheuren Bedarf an jährlicher Deckung in Höhe von 25 bis 38 Milliarden ausbringen sollen, wobei er auf den Umstand hinwies, daß die Gefahr bestehe, daß eben das größtenteils in Liegenschaft bestehende Vermögen der Landwirte geeignet sei, die sicherste Quelle für den Eingang der Steuer sei und darum auch weitgehendst in Anspruch genommen werde. Zum Schluß führte der Redner aus, daß der Bauernbund ja nur das Bestreben habe, für seine Mitglieder eine Gleichberechtigung in gesetzlicher Maßnahmen und Auflagen mit den übrigen Ständen herbeizuführen und forderte die anwesenden Landwirte zu weiterem Zusammenschluß auf.

(WZ.) Neuenbürg, 25. Febr. Dem Hausmeister bei der Firma Veller u. Fischer wurde in der Nacht zum Sonntag ein ganzer Raummeter Holz gestohlen. Die Firma hat sich nun einen Holzjeckel zugelernt.

(WZ.) Balingen a. Euz, 25. Febr. Die Stadt hat beschloffen, das Hädt. Wasserpumpwerk zu elektrifizieren. Die Gesamteinrichtung für die Umänderung (Motor, Pumpe und Transformator) wird etwa 45 000 M. betragen. Der Anschluß erfolgt auf das Netz der Enggauerwerke. Der bisherige Aufwand für Kohle betrug 15—20 000 Mark.

(WZ.) Balingen a. Euz, 25. Febr. Die Stadt hat beschloffen, das Hädt. Wasserpumpwerk zu elektrifizieren. Die Gesamteinrichtung für die Umänderung (Motor, Pumpe und Transformator) wird etwa 45 000 M. betragen. Der Anschluß erfolgt auf das Netz der Enggauerwerke. Der bisherige Aufwand für Kohle betrug 15—20 000 Mark.

Bestellen Sie sofort das „Calwer Tagblatt“

Hilf die Schrikt. verantw.: J. Vertr.: H. D. Röder, Calw. Druck und Verlag der A. H. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Amtsgericht Calw.

Im Vereinsregister wurde heute eingetragen:
Bezirkswohlfahrtsverein Calw in Calw. Die Satzung ist am 16. Februar 1920 erachtet. Der Vorstand darf Gaben und Beiträge bis zu einem von der Mitgliederversammlung festzusetzenden Betrag zuwenden. Vorstandsmitglieder sind: Oberamtmann Göss, Dekan Keller, Stadtschultheiß Göhner, sämtliche in Calw.
Den 25. Februar 1920.

Amtsrichter: Boffeler.

Bekanntmachung.

Die Einwohnerstadt wird auf das von der Württ. Landesanstalt für Pflanzenschutz in Hohenheim herausgegebene, am Rathaus angeschlagene

Flugblatt betreffend Bekämpfung des amerikanischen Stachelbeermehltaus hingewiesen.
Calw, den 25. Februar 1920.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Holzbronn.



Nutz-Holz-Verkauf.

Am Samstag, den 28. ds. Mts., von Vormittags 9 Uhr ab kommen in dem Gemeindefeld nach den Festsetzungen des Revisers Stammholz zum Verkauf:

- 31 Stück Eichen, 6 Buchen, 3 Ahorn, 2 Buchen, 1 Birke und 1 Erle.

Am gleichen Tage Nachmittags 3 Uhr kommt das

Stammholz

im Submissionsweg in 2 Losen zum Verkauf.

Los Nr. 1 Forchen

- 1,27 H.; 37,19 III.; 13,37 IV.; 3,38 V.; 0,72 VI.; Sägholz 1,49 II.

Los Nr. 2 Fichten und Tannen.

- 10,54 I.; 28,86 II.; 61,41 III.; 61,52 IV.; 30,05 V.; 0,63 VI.; Sägholz 213 I.; 75 II.; 134 III. Klasse.

Gemeinderat.

Schürzenzeuge, Hemdenflanelle, Kleiderzeuge

in grosser Auswahl und nur soliden haltbaren Qualitäten

Friedrich Deyle, Calw, Bahnhofstr.



Laubholz-, Stammholz-Verkauf.

Am Samstag, den 28. Februar, vormittags $\frac{1}{2}$ 10 Uhr kommen im mündlichen Aufsteich an Ort und Stelle aus dem Stadtwald Steckental zum Verkauf:

- Eichen: Klasse 1a 3 Stück = 3,62 Fm. 1b 3 Stück = 6,70 Fm. 1a 10 Stück = 13,65 Fm. 1b 8 Stück = 10,36 Fm. III a 4 Stück = 3,69 Fm. III b 7 Stück = 7,73 Fm. IV 32 Stück = 23,84 Fm. V 10 Stück = 4,96 Fm. Rothbuchen: Klasse V 9 Stück = 3,36 Fm. VI 1 Stück = 0,23 Fm.

- Eichen: Klasse VI 1 Stück = 0,20 Fm. Ahorn: Klasse V 1 Stück = 0,34 Fm. Ulmen: Klasse V 1 Stück = 0,36 Fm. Birken: Klasse V 3 Stück = 1,00 Fm. VI 1 Stück = 0,11 Fm.

Zusammenkunft beim Bahnwärterhaus Steckental. Kaufs Liebhaber sind eingeladen.

Weilberstadt, den 17. Februar 1920.

Stadtschultheißenamt: Schüb.

Betten-, Möbel- und Handwerkszeugverkauf.

Wegen Entbehrlichkeit verkaufe ich am Freitag, den 27. Februar, vormittags von 9 Uhr und nachmittags von 2 Uhr ab, im Schreiner Müllerschen Hause, hinter der Wirtschaft zum „Lamm“ gegen Barzahlung:

- 1 vollständiges Bett, 2 Bettladen mit Strohsäcke und Matratzen, 1 Kleiderschrank, Klappstühle, 1 Waschmaschine, 1 Bank, Stühle u. Schemel, Backmulde, 1 Gaslampe, Korb- und andere Flaschen, Kinderwagen, etwas Kinderweihzeug, Spiegel und Bilder, 1 Bodenläufer, etwas Schreinerhandwerkzeug, sowie sonstigen Hausrat.

Liebhaber sind eingeladen.

Stadtinv. Kolb.

W. Bürgerpartei Ortsgruppe Calw.

Am nächsten Sonntag, 29. Februar, nachmittags $4\frac{1}{2}$ Uhr, findet im „Badischen Hof“ in Calw eine

öffentliche Versammlung

mit Vortrag d. Herrn Landtagsabg. Dr. Schott aus Stuttgart über

„Die politische Lage“

statt. Jedermann ist hierzu freundlichst eingeladen, insbesondere bitten wir unsere Mitglieder und Freunde in Stadt und Land um möglichst zahlreiches Erscheinen.

Der Ausschuss.

Landwirtsch. Ortsverein Calw.

Samstag Abend 8 Uhr

Monats-Versammlung bei Schwämmle zum „Döfchen“.

Wegen wichtiger Besprechung vollzählig. Erscheinen erwünscht. Der Obmann.

Bezirks-Handels- und Gewerbe-Verein Calw.

Der Verein besucht am Freitag, den 27. Februar die

Rhein-Neckar-Donau-Kanalausstellung i. Stuttgart

wozu die Mitglieder hiermit eingeladen werden. Abfahrt 7.22 Vormittags. Jahrgeld wird vergütet. Der Ausschuss.

Habe noch

Herrn- u. Damenstiefel, Konfirmanden-, Damen- u. Kinderstiefel zu billigen Preisen.

Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Friedrich Nagle, Altburg.

Gute Herrenanzüge u. Stoffe werden selten und teuer. Durch günstigen Einkauf empfehle solange Vorrat

gute Herren-Jüngl.-u. Knaben-Anzüge, Hochzeits-Anzüge, Arbeitskleider, Eng.-Lederhosen fertig und meterweise u.s.w.

Fr. Klais, Nagold.

Habe im Auftrag zu verkaufen: 1 Paar neue, braune

Reittiefel

(Nr. 44).

Schnur, Bahnhofsstr.

Sehe einen starken



dem Verkauf aus.

Christian Luz, Naistach.

30-35 Zentner

Heu u. Stroh

verkauft. Wer, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Neuhengstett.

1 Läufer Schwein hat zu verkaufen

Joh. David Nagle.

Bei Anzeigen, die durch Fernsprecher aufgegeben werden, kann eine Gewähr für richtige Wiedergabe nicht übernommen werden. Verlag des Calwer Tagblattes.

Verlaufen

hat sich am Sonntag Morgen ein schwarzer

Spiger.

Abzugeben gegen Belohnung bei Matth. Rothfuß, Milchhändler, Ulzenberg.

Verloren

wurde am letzten Freitag abend, auf der Waldstraße von Unterhangstett nach Simmohheim (Waldhofstraße)

1 Briefmappe mit Inhalt.

Der ehrliche Finder wird gebeten, gegen gute Belohnung abzugeben im Lamm in Neuhengstett.

Vin von heute ab unter

Nr. 51

an das Fernspreknetz angeschlossen.

Otto Kern, Fleischerei und Installationsgeschäft, Bad Liebenzell.

Bessere gebrauchte

Uhren!

kauft Friedr. Schwämmle Bad Teinach.

Etwas Gutes für Haare und Haarboden ist echtes

Brennnessel-Haarwasser, fer ner feinst. Birkenwasser Zu haben b. Otto Vincon, Col.

Als Pferde- und Viehfutter empfehlen

Salzmöhren

(gelbe Rübengeschutt.) in Gebinden von 2-4 Ztr.

Ztr. 30.- Brutto für Netto.

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H. Filiale Calw.

In gutes Geschäftshaus wird ehrl. fleißiges

Mädchen

gesucht nicht unter 18 Jahren. Eintritt baldmöglichst.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Zuverlässiges

Alleinmädchen

in allen vorkommenden Hausarbeiten, möglichst auch im Kochen bewandert, in gutes Haus nach Stuttgart gesucht. Größere Arbeiten wie Wäsche zc. sind nicht zu verrichten. Lohn nach Ueber-einkunft (ca. Mk. 50.- bis 60.-). Gestl. Angebote an Frau Stroheker, Stuttgart, Eduard-Weißerstr. 56, Telefon 108 57.

1 Mädchen,

14-15 Jahre alt, für kleinen Haushalt mit einem Kinde gesucht. Eintritt möglichst sofort.

Frau Katharine Kenschler, Ettlingen i. B.

Näheres zu erfragen bei Herrn Ulrich Holzäpfel, Ottenbronn.

Lehrlingsgesuch

Einen ordentlichen Jungen nimmt in die Lehre J. Henkelmann, Schmiedemeister, Calw.

Stammheim.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 28. Febr. 1920 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Bären“ hier freundlichst einzuladen.

Wilhelm Mann, Sattler, Sohn des Jakob Mann, Straßenwart, hier, Dorothea Feiler, geb. Kirchherr, hier, Kirchgang $\frac{1}{2}$ 1 Uhr.

Wir bitten dies statt jeder besonderen Einladung entgegennehmen zu wollen.

Wir beehren uns Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 28. Februar 1920 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zur „Krone“ in Stammheim freundlichst einzuladen.

Christian Gack, Sohn der + Regine Gack, Entringen, Anna Breitling, Tochter des Philipp Breitling, Stammheim, Kirchgang 11 Uhr.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 28. Febr. 1920 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Hirschen“ in Ottenbronn freundlichst einzuladen.

Freih. Rugele, Sohn des Johann Georg Rugele in Oberkollbach, Katharine Kathfelder, Tochter des + Michael Kathfelder von Ottenbronn, Kirchgang um $\frac{1}{2}$ 1 Uhr in Hirsau.

Gesucht wird auf 1. März ein tüchtiges, selbständiges

Mädchen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Gebrauchte, guterhaltene

Strickmaschinen

8er bis 12er Teilung, sofort zu kaufen gesucht.

Angebote unter näherer Beschreibung u. Preisangabe unter H. 46 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Einen neuen

Mantel, sowie einen gut erhaltenen Pelz

hat preiswert zu verkaufen. Näheres bei

Herrn Giebenrath, Wirtsch. u. Bäckerei n. d. Post.

Ein schönes, 4 teiliges

Bogelkäfig

hat zu verkaufen

Jakob Erbele, Station Teinach.

Zu verkaufen:

20 Spiegel-fenster-scheiben

29x22 cm. Von mem, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Sommerproffen!

Finnen! Picket! Unreine Haut verschwinden mit Sommerproffencreme.

Preis Mk. 5.- franko.

Allein durch Hofapotheke Hechingen, Hohenzollern.

Neue

Trompete

zu verkaufen, auch Tausch gegen

Militärmantel.

Haggasse 192, 1. Stock.

Habe einen schönen, gesunden

Birnbaum

zu verkaufen, Länge 3,10 m, Durchmesser 54 cm.

Salomon Dürr, Simmohheim.

Einen Waggon

Stallmist

zeitig zu kaufen gesucht. Von mem, sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

„Nissin“ gegen

Kopilläuse

Nichts anderes nehmen zu haben in der Neuen Apotheke.